

13. JAHRGANG 1/2003

MIUSEION 2000

KULTURMAGAZIN GLAUBE, WISSEN, KUNST IN GESCHICHTE UND GEGENWART

Woodrow Wilson

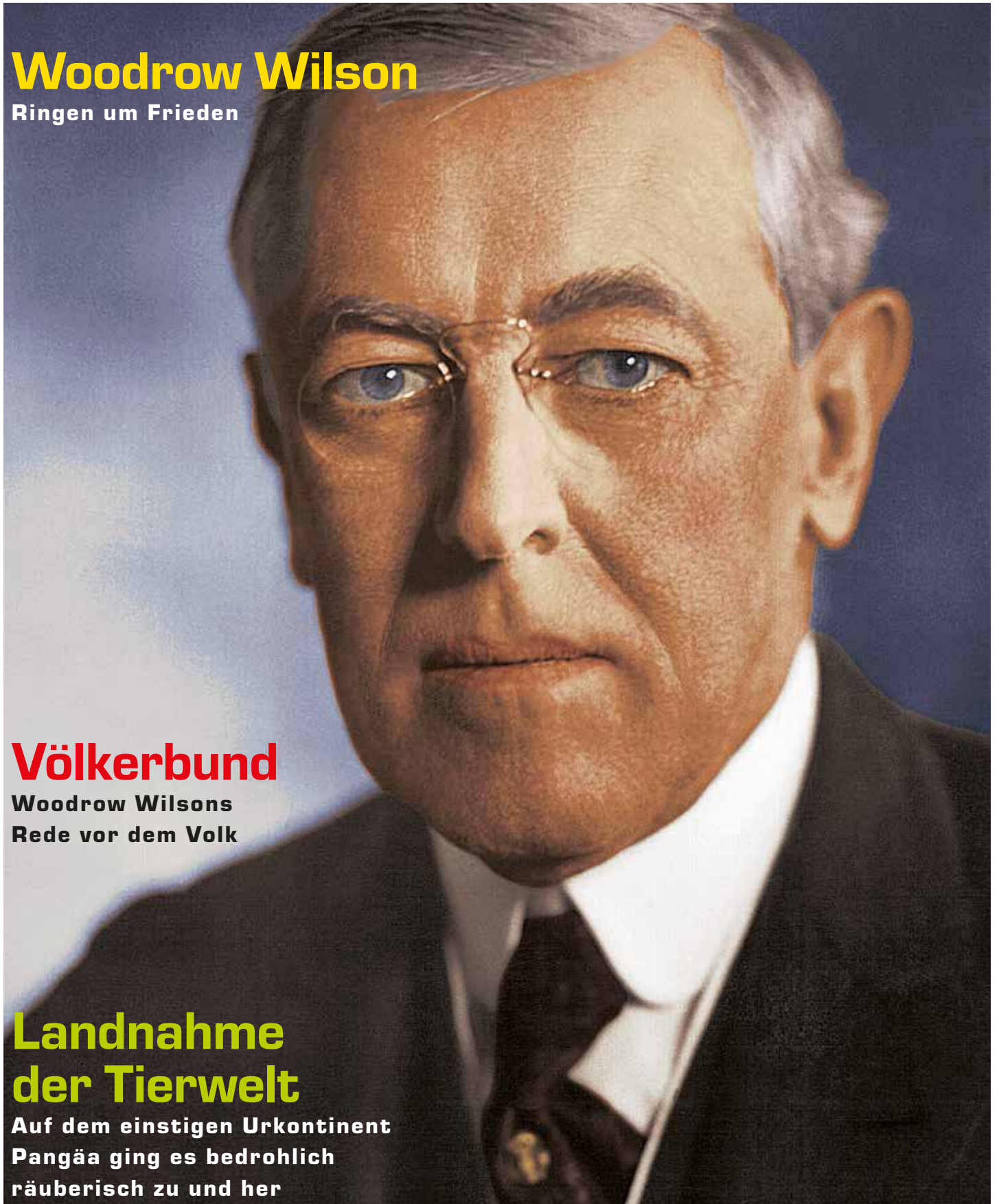
Ringen um Frieden

Völkerbund

Woodrow Wilsons
Rede vor dem Volk

Landnahme der Tierwelt

Auf dem einstigen Urkontinent
Pangäa ging es bedrohlich
räuberisch zu und her

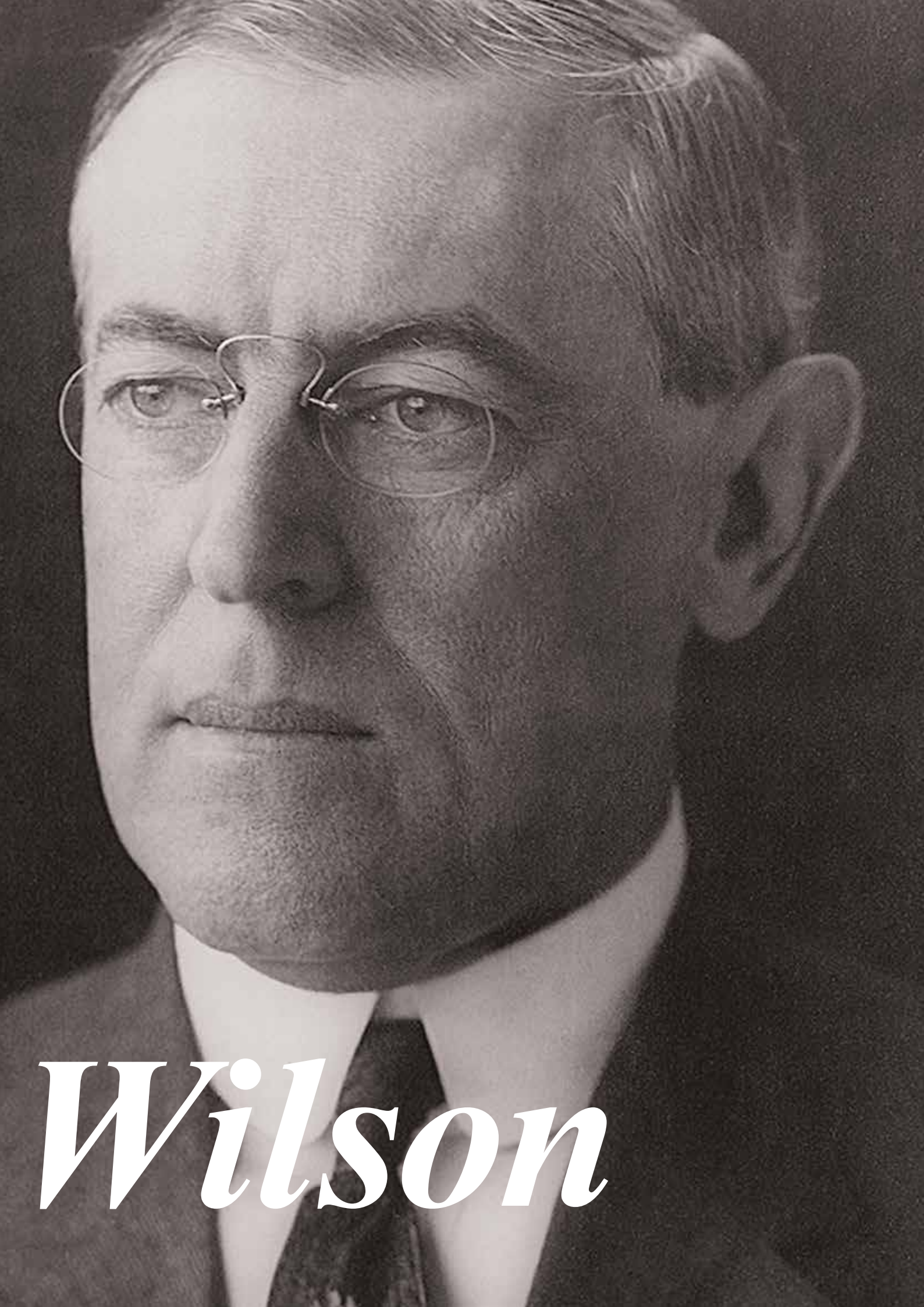


Ringen um Frieden

Leben und Schaffen von Woodrow Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika von 1913 bis 1921, ist hierzulande kaum bekannt. Doch die Beschäftigung mit ihm, mit seinen Ideen und Idealen lohnt. Wilson zeichnet nicht nur verantwortlich für eine Reihe von bahnbrechenden innenpolitischen Reformen, etwa ein Verbot der Kinderarbeit oder die Einführung des Frauenstimmrechts, er kämpfte auch für mehr Sicherheit und Frieden im Zusammenleben der Völker auf der Welt. Die Beendigung des Ersten Weltkriegs war ebenso seinen unermüdlichen Bemühungen zu verdanken wie die Begründung des Völkerbundes, der Vorgängerorganisation der UNO. Dafür erhielt Wilson den Friedensnobelpreis des Jahres 1919.

*»Wir
wurden
nicht in
diese
Welt
gestellt,
um als
Wissende
stille zu
sitzen,
sondern
um zu
handeln.«*

Woodrow



Wilson

Woodrow Wilsons Wurzeln

Thomas Woodrow Wilson wurde am 28. Dezember 1856 im kleinen Städtchen Staunton im amerikanischen Südstaat Virginia geboren. Die Familie zog jedoch bald darauf, am Vorabend des amerikanischen Sezessionskrieges, in das noch tiefer im Süden gelegene Augusta in Georgia weiter.

»Das früheste Ereignis, an das ich mich erinnern kann«, sagte Woodrow Wilson später, »ist, wie ich als Vierjähriger im Eingang [...] stand, als jemand vorbeiging und zu meinem Vater sagte, Mister Lincoln sei [zum amerikanischen Präsidenten] gewählt worden, und dies bedeute Krieg.«

Der Knabe hat diesen Krieg, der sich an der Sklavenfrage entzündete und sich von 1861 bis 1865 hinzog, nicht direkt erlebt. Aber die Verheerungen und Hungersnöte, die der Krieg im Süden und gerade auch in Georgia zur Folge hatte, haben sich ihm tief eingeprägt. Der Bürgerkrieg forderte die gewaltige Zahl von über 600 000 Menschenleben und trieb die Südstaaten wirtschaftlich in den Ruin. Sie brauchten Jahrzehnte, um sich davon wieder zu erholen.

Woodrow Wilson hatte zwei ältere Schwestern, Marion Williamson und Annie Josephine; als Nachzügler kam 1867 noch ein Bruder, der nach dem Vater benannte Joseph Ruggles junior, dazu. Über Woodrows Verhältnis zu den Eltern gibt ein umfangreicher Briefwechsel Auskunft, den er nach seinem Auszug aus dem Elternhaus vor allem mit dem Vater unterhielt. Die Briefe lassen einen nicht nur viele Aspekte seiner Persönlichkeit und seines Wirkens besser verstehen, sie sind auch ein Zeugnis des damaligen Zeitgeistes, der in seinen Kreisen gepflegten Beziehungen zwischen den Generationen.

Zur Mutter Jessie, nach Woodrows Worten eine besonnene und warmherzige Frau, besass er eine tiefe Beziehung. So gestand er als junger Ehemann seiner ersten Frau, Ellen Louise Axson:

»Ich weiss noch genau, wie man mich als Mama-Söhnchen belächelte; denn ich habe mich an sie geklammert, bis ich ein ausgewachsener, grosser Bursche war [...]. Aber ich erhielt auf diese Weise Liebe von der besten weiblichen Art; über ihre Schürzenzipfel floss sie in mein Herz. Wäre ich nicht bei einer solchen Mutter aufgewachsen, hätte ich keine solche Ehefrau gewinnen können, wie ich sie mir, wie es scheint, verdient habe, verdient vielleicht zum Teil durch die mir von ihr vermittelten Eigenschaften.«

Brief vom 19. April 1888

Andersgeartet, aber um nichts weniger intensiv war das Verhältnis zu seinem Vater. Dieser war ein angesehener Presbyterianerpriester und als solcher nach Woodrows eigenem Bekunden nicht nur ein beeindruckender Redner, sondern auch ein talentierter Lehrer. Ihre Beziehung war von gegenseitiger Wertschätzung geprägt. So schrieb der Vater in einem seiner Briefe an Woodrow:

»Du bist eindeutig die Zweitausgabe von mir, inhaltlich "überarbeitet und verbessert" und mit weit hochstehenderem Druck und Einband.«

Brief vom 12. März 1887

Und Woodrow, damals 32-jährig, liess ihn in einem seiner Briefe wissen, wie glücklich er sich fühle, ihn zum Vater zu haben:

»Je mehr ich an Fähigkeit und Erfahrung gewinne, desto deutlicher erkenne ich den Vorzug, Dein Sohn zu sein. Ich weiss, dass die Kraft, die in mir heranwächst, nach Art Deiner Kraft gestaltet ist.«

Brief vom 16. Dezember 1888

Woodrow Wilsons Werdegang

Der Vater hoffte lange, der Älteste würde in seine Fussstapfen treten und ebenfalls Prediger und Lehrer werden; denn in seinen Überzeugungen legte Woodrow schon in jungen Jahren die gleiche Gesinnung und den gleichen Ernst an den Tag wie er. Früh zeigte sich

dabei auch, wie gerne Woodrow selber debattierte und Vorträge hielt. Aber er schlug schliesslich eine andere Laufbahn ein; sein Weg führte ihn in die Politik.

Schon als Woodrow Wilson von 1875 bis 1879 das College von New Jersey besuchte – es wurde später in Princeton University umbenannt –, begann er sich für Staatslehre und Geschichte zu interessieren: Bereits damals verschlang er nicht nur grosse Mengen von einschlägigen Büchern, er veröffentlichte hierüber auch erste wissenschaftliche Arbeiten, zum Beispiel einen Artikel über die Kabinettsregierung in den Vereinigten Staaten. Daneben trat er, ganz der begeisterte Redner, der er war, in den Debattierklubs des College auf. In diesen Arbeiten und Reden legte er Zeugnis ab von Grundsätzen, die ihm zeitlebens wichtig waren und die gerade auch während seiner Amtszeit als US-Präsident zutage traten. So führte er zum Beispiel in einer Rede zu einem seiner Lieblingsthemen, dem idealen Staatsmann, aus:

»Kein Staatsmann soll zulassen, dass Parteilichkeit seine Ansichten verzerrt, wenn es um Wahrheit oder Unwahrheit [...] geht. Er soll mit aller Entschlossenheit nach der Wahrheit suchen und sich dabei um die Hilfe Gottes bemühen. [...] Wer nicht aktiv die Wahrheit verteidigt, verteidigt den Irrtum. Wer nicht für die Wahrheit ist, ist gegen sie; Neutralität gibt es [ihr gegenüber] nicht.«

In der Collegezeit reifte in Wilson der Entschluss heran, selbst ein Staatsmann zu werden. Da er jedoch weder in eine Politiker- noch eine vermögende Familie hineingeboren worden war, glaubte er anfänglich, dieses Ziel am ehesten erreichen zu können, wenn er den Beruf eines Rechtsanwalts ergreife; schliesslich sei der US-Kongress voll davon. Aber in seiner Kanzlei, die er nach bestandenem Examen 1882 in Atlanta, Georgia, eröffnete, wurde er nicht glücklich; in der Luftgebrochener Versprechen, von Streit und Verbrechen, so meinte er einmal, könne er nicht atmen. Bereits nach wenigen Monaten gab er Kanzlei und Beruf wieder



Eine zeitgenössische Lithographie von Wilsons Geburtsort Staunton in Virginia, die Princeton University, an der er ab 1890 als Professor Rechts- und Politikwissenschaften lehrte und der er von 1902 bis zu seiner Wahl als Gouverneur von New Jersey 1910 als Präsident vorstand, sowie ein Familienportrait von 1912 mit seiner Frau Ellen und den drei Töchtern Jessie, Margaret und Eleanor.

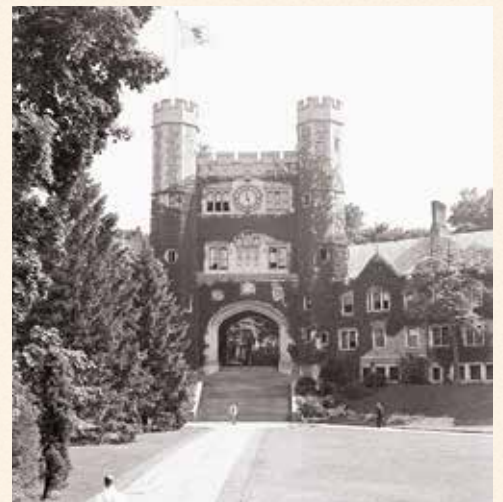
Woodrow Wilson besass in seiner Frau Ellen nicht nur eine emotionelle, sondern ebenso eine ideelle Stütze: Auch als er 1912 zum US-Präsidenten gewählt wurde, blieb sie seine erste Beraterin. Wie keine First Lady vor ihr engagierte sie sich zudem öffentlich vor allem für soziale Reformen.

auf, um sich – ohne sein eigentliches Vorhaben aus den Augen zu verlieren – einer akademischen Laufbahn an der Johns Hopkins University in Baltimore zuzuwenden. Hier veröffentlichte Wilson 1885 sein erstes Buch, »*Congressional Government*«, eine kritische Studie über das amerikanische Regierungssystem, für die er mit dem Dokortitel ausgezeichnet wurde. Das Buch machte ihn auch in breiten Kreisen zu einem Politikkenner – ein Ruf, den man vier Jahre später durch sein zweites Hauptwerk noch untermauert fand: »*The State*« war eine fundierte Studie verschiedener Staatsverfassungen, darunter auch der konstitutionellen Monarchie des Bismarck-Reiches oder der föderalistischen Urdemokratie der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Es sollten später noch zahlreiche weitere Werke folgen, darunter 1896 eine viel beachtete Biographie über den ersten US-Präsidenten *George Washington* (1789–1797) oder 1902 seine »*Geschichte des amerikanischen Volkes*« in fünf Bänden.

Wilson besass bereits ein gewisses Ansehen, als er 1890 im Alter von 34 Jahren zum Professor für Rechts- und Politikwissenschaften nach Princeton berufen wurde. Mit seinen in freier Rede vorgetragenen und anschaulich formulierten Vorlesungen sowie seiner herzlichen und engagierten Art, mit der er sowohl an den studentischen wie an den universitären Problemen Anteil nahm, gewann er rasch die Achtung von Studenten und Lehrerkollegen. So wurde er, als es 1902 den Präsidenten der Universität zu ersetzen galt, denn auch einhellig in dieses hohe Amt gewählt. Dabei war er der erste Präsident von Princeton, der nicht Geistlicher war.

»Persönlicher Vertreter des Volkes«

Wilson nahm das Amt, ohne zu zögern, an. Er fühlte sich dazu verpflichtet; denn für ihn beinhaltete sein Leben – ja das Menschsein – die Aufgabe, sich in den Dienst



einer höheren Sache zu stellen und zu versuchen, sich für die Interessen der Gemeinschaft einzusetzen. Entsprechend dieser seiner Überzeugung verkündete er beispielsweise 1902 in seiner Princeton Inauguraladresse, der unter anderem Persönlichkeiten wie der Schriftsteller *Mark Twain*, der Bankier *J. P. Morgan* oder der frühere US-Präsident *Grover Cleveland* beiwohnten, es sei nicht die Aufgabe einer Universität, ihre Studenten



Die Amtseinsetzung von Woodrow Wilson zum 28. US-Präsidenten am 4. März 1913 vor dem Kongressgebäude in Washington, Demonstration im Rahmen seiner Kampagne zur Einführung des Frauenstimmrechts und Karikatur mit Wilson bei der Anhörung von Kinderarbeitern.

Trotz starken Widerstandes auch in seiner eigenen Partei, den Demokraten, hatte Wilson während seiner achtjährigen Amtszeit mehreren Forderungen zur Umsetzung verholfen, die damals als sehr progressiv angesehen wurden, so etwa dem Frauenstimmrecht und einem Verbot der Kinderarbeit.



»Herr Präsident, wir verlangen nichts, wir möchten nur aufwachsen.«

im Hinblick auf eine gute Anstellung zu schulen, sondern sie zum Nutzen für die Gesellschaft auszubilden.

»Was wir in einer Universität suchen, ist nichts Eigennütziges. Hier werden keine persönlichen Interessen befriedigt«, sagte Wilson ein andermal.

»Wir sind hier, um unserem Land und der Menschheit zu dienen, und wir sind überzeugt, dass wir jeden Egoismus hinter uns zu lassen imstande sind.«

Ansprache am 14. Juni 1902

Acht Jahre lang war Wilson Präsident von Princeton. Als er das Amt am 20. Oktober 1910 niederlegte,

hatte er den akademischen Standard der Universität, die bislang eine eher provinzielle amerikanische Lehrstätte war, mit einem radikalen Reformprogramm markant gesteigert. Princeton wurde unter ihm zu einer der ersten Adressen; selbst Universitäten wie diejenigen von Harvard oder Yale haben seine Reformvorschläge später angenommen.

Dessen ungeachtet verliess er die Universität nicht im Frieden. Als er sich nämlich daran gewagt hatte, die Privilegien der vermögenden Studenten zugunsten der übrigen einzuschränken, war er in den einflussreichen Kreisen auf hartnäckigen

Widerstand gestossen. Mit seiner Überzeugung, dass solches Klassendenken mit dem neuen Geist der Universität nicht vereinbar sei, konnte er sich in Princeton aber nicht durchsetzen. Rasch waren sodann andere Auseinandersetzungen dazugekommen, und bei diesen wurde ein Zug Wilsons offenbar, der auch später für ihn kennzeichnend war: Wilson war in solchen Dingen kein Diplomat, er war – auch wenn er dadurch langjährige Freundschaften und unter Umständen sogar seine Sache selbst aufs Spiel setzte – kein Mann der Kompromisse. Er konnte nicht anders: An seinen Idealen, von deren Gültigkeit für die Allgemeinheit er überzeugt war, liess er nicht deuteln. Dies insbesondere dann nicht, wenn er den Eindruck erhielt, es gehe seinen Gegnern nicht um die hohe Sache, sondern um weniger Wertvolles oder gar nur um

persönliche Interessen. Bereits als Dreiunddreissigjähriger hatte er in einer Rede erklärt:

»Bedeutende Führer achten nicht auf Zeitumstände und Rahmenbedingungen. Der Opportunität zu dienen, ist ihre Sache nicht: Weder suchen sie nach günstigen Gelegenheiten, noch verfügen sie über die Fähigkeit zum Kompromiss.«
Rede am 17. Juni 1890

Anzumerken ist, dass Woodrow Wilson diese Aussage in ihrer Absolutheit nicht hätte auf jedes staatsmännische Handeln angewendet wissen wollen. Er war selber durchaus zu einem Kompromiss bereit, solange es bloss um den Weg und nicht um das Ziel ging. Was die Ziele anging, versuchte er dagegen immer wieder, sich an Idealen zu orientieren:

»Was die Welt voranbringt«, erläuterte er einmal, »sind Ideale, nicht Ideen. Hinsichtlich der Triebkraft wiegt ein Ideal zwanzig Ideen auf. Eine nackte Idee kann kein Ideal sein; wir müssen ihr Licht geben, sie fein machen, sie mit einem Glanz ausrüsten, den sie als solche nicht besässe. Wir leben dank der Dichtkunst, nicht der Prosa; wir leben nur insofern, als wir Visionen haben und nicht bloss zu sezieren suchen.«
Rede am 20. November 1905

Durch die auch in der Presse ausgetragenen Diskussionen und Auseinandersetzungen rund um sein Reformprogramm in Princeton war Wilson in der Öffentlichkeit als ein Mann mit Prinzipien und von persönlicher Integrität bekannt geworden. Dadurch sowie auf Grund seiner Erfolge als Universitätspräsident fiel er auch dem politischen Establishment von New Jersey auf. Es waren Demokraten aus dem konservativen Flügel der Partei, die ihn um eine Kandidatur für das 1910 frei werdende Amt des Gouverneurs dieses Bundesstaates anfragten. Wilson sagte zu, jedoch nur unter der Bedingung, dass er sich an keinerlei Parteidiktat zu halten habe. Vor dem Parteikongress, an

dem er die Kandidatur annahm, erklärte er:

»Ich habe diese Nominierung nicht gesucht, und wenn ich, was ich hoffe, gewählt werde, werde ich frei und ungehindert Volk und Staat dienen können.«
Rede am 16. September 1910

Wilson war ein politischer Newcomer; doch am 8. November 1910 wurde er auf Anhieb und mit deutlicher Mehrheit ins Gouverneursamt gewählt. Wie sehr er auf eine von der Partei unabhängige Amtsführung pochte, zeigte er wenig später, als er offen und erfolgreich gegen die Abordnung 'seines' Parteiführers James Smith als Vertreter von New Jersey in den US-Senat auftrat, obschon der ihn seinerseits bei der Wahl zum Gouverneur unterstützt hatte. Viele warfen ihm nun illoyales Verhalten vor; aber Wilson verstand sich erklärermassen als »persönlicher Vertreter des Volkes«, und dieses, so der frisch gewählte Gouverneur, wolle Smith nicht im Senat.

Wilson hat sich durch dieses Vorgehen, mit dem er sich gegen die in der Politik gepflegten Konventionen wandte, landesweite Beachtung eingetragen. Und sein Bekanntheitsgrad in den USA stieg bald noch weiter an, weil es ihm gelang, sein anspruchsvolles Reformprogramm, mit dem er in den Gouverneurswahlkampf gezogen war, in einer einzigen Parlamentssession in Gesetzesform zu giessen. Es war ein Paket von Erlassen, durch welche die demokratischen Rechte des Volkes ausgebaut und das wild wuchernde Parteiklüngelsystem beschnitten wurde. Ferner wurden private Unternehmen, die öffentliche Interessen zu erfüllen hatten, staatlicher Aufsicht unterstellt. Schliesslich wurde auch eine Art Unfallversicherung für Arbeitnehmer eingeführt sowie die Frauen- und die Kinderarbeit gesetzlich eingeschränkt.

Die Bedeutung all dieser Massnahmen lässt sich gut an der Aussage von George L. Record, einem führenden Mitglied der gegnerischen Republikaner, abschätzen; er nannte Wilsons Leistung den

»bemerkenwertesten Ausweis einer Reformgesetzgebung, den man aus der politischen Geschichte dieses oder irgendeines anderen Bundesstaates kennt«.

Wilson's Name wurde nun zunehmend auch im Zusammenhang mit den US-Präsidentschaftswahlen von 1912 genannt. Obwohl er erst einige Monate Gouverneur und dies darüber hinaus sein erstes politisches Amt war, wurde er am nationalen Parteikongress der Demokraten Anfang Juli 1912 tatsächlich, wenn auch erst im 46. Wahlgang, als Kandidat nominiert. Der Wahlkampf selbst war sodann nicht zuletzt deshalb aussergewöhnlich, weil Wilson nicht nur gegen einen, sondern gegen zwei gewichtige Gegner antreten musste: den amtierenden Präsidenten *William Howard Taft* (1909 bis 1913), einen konservativen Republikaner, und dessen Ziehvater und Amtsvorgänger *Theodore Roosevelt* (1901–1909), der mit Taft und den Republikanern gebrochen und eine eigene, progressive Partei gegründet hatte. Ohne diese Spaltung in den Reihen der Republikaner, die das Präsidentenamt seit 1897 ununterbrochen innegehabt hatten, wäre Wilson wahrscheinlich unterlegen; so aber gewann er die Wahl am 5. November 1912 mit einem sicheren Vorsprung von fünfzehn Prozent auf den zweitplazierten Roosevelt.

Professor Wilson, der »schoolmaster in politics«, wie man ihn auch nannte, wurde der 28. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

»Neue Freiheit«

Vielleicht weil er nicht innerhalb des »Systems« gross geworden war, verstand es Wilson, dem amerikanischen Präsidentenamt von Beginn an ein neues Gesicht zu geben: Während der US-Präsident vor seiner Zeit faktisch als dem Kongress, dem Parlament, bestenfalls gleichgestellt, wenn nicht sogar untergeordnet angesehen wurde, betrat er das Weisse Haus mit einem anderen Amtsverständnis. Nach seiner Überzeugung musste der Präsident



der Staatsführer sein, der die Politik im Innern wie im Äussern aktiv vorzeichnet und dann seine Vorstellungen mit dem Kongress zusammen umzusetzen versucht; es ist dies das moderne Amtsverständnis, das die amerikanische Präsidentschaft noch heute kennzeichnet. Wilson brach daher mit einer Konvention, die er als unverständlich und hinderlich empfand: Nur die ersten beiden US-Präsidenten, der vorne bereits genannte George Washington und John Adams (1797–1801), waren persönlich vor dem Kongress erschienen; dann aber, seit Thomas Jefferson (1801–1809), hatten Präsident und Parlament nur noch schriftlich miteinander verkehrt.

Kaum im Amt, berief Wilson die beiden Kammern des Kongresses, also Repräsentantenhaus und Senat, zu einer Sondersession ein. Dort begründete und diskutierte er die wirtschaftlichen und sozialen Reformen, die er im Wahlkampf unter dem Titel »Neue Freiheit« in Aussicht gestellt hatte. Wenn er dabei merkte, dass seine Vorhaben am Widerstand mächtiger Interessensverbände zu scheitern drohten,

scheute er sich auch nicht, mit seinen Ideen vor das amerikanische Volk zu treten, um mit Hilfe der öffentlichen Meinung Druck auszuüben. Denn es sei alles andere als fair, erklärte er in einer seiner öffentlichen Ansprachen,

»wenn die breite Bevölkerung in solchen Angelegenheiten keine Lobby und keine Stimme hat, während grosse Vereinigungen von listreichen Männern versuchen, eine [allein auf ihren parteilichen Interessen gründende] künstliche Meinung zu schaffen und so die Anliegen der Allgemeinheit um des eigenen Profits willen zu unterdrücken«.

Rede am 26. Mai 1913

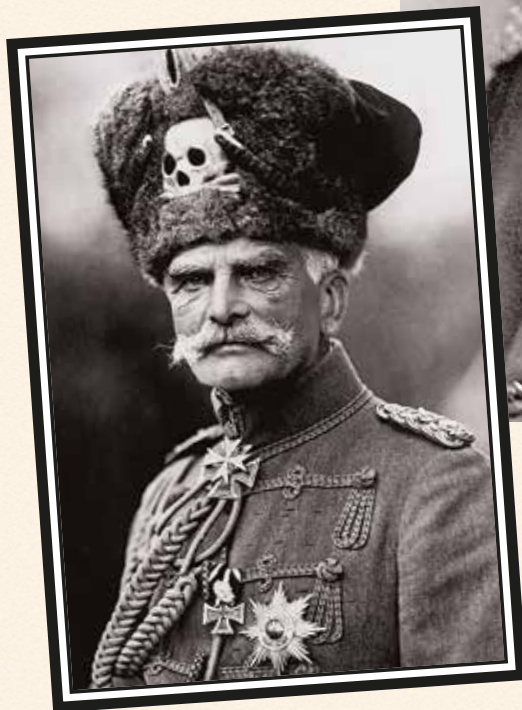
Auf diese Weise gelang ihm, was kaum einer seiner Vorgänger je vermocht hatte, nämlich innerhalb von wenigen Monaten mehrere gewichtige Gesetzesvorlagen in Kraft zu setzen. Eine davon brachte neben der Einführung einer abgestuften Einkommensteuer eine bedeutende Zollreform. Durch sie wurden die Einfuhrzölle gegen den Widerstand amerikanischer Produzenten generell um rund einen

Drittel auf den tiefsten Stand seit fünfzig Jahren gesenkt und wichtige Produkte ganz davon befreit; Massnahmen, die auf dem Wege tieferer Preise und verbesserter Qualität in doppeltem Sinne den Konsumenten zugute kamen. Eine andere Gesetzesvorlage Wilsons war das »Federal Reserve System« (FED), mit dem das zersplitterte Bankenwesen Amerikas reformiert und sein Geld- und Kreditsystem zum ersten Mal in der Geschichte des Landes zentralbankmässig organisiert wurde, während es bisher allein in der Hand von privilegierten privaten Banken gelegen hatte. Das FED erwies sich in der Folge als eine der weitreichendsten Reformen Wilsons: Wiewohl mehrfach abgeändert und erweitert, ist es bis heute das zentrale Instrument der Währungs- und Konjunkturpolitik der Vereinigten Staaten geblieben.

Es folgten weitere Reformgesetze, mit denen beispielsweise die Kinderarbeit verboten, die Aufsicht des Bundes über Industrieunternehmen verschärft oder die Arbeitszeit von Eisenbahnern auf acht Stunden pro Tag beschränkt

Die Versenkung des britischen Passagierschiffes »Lusitania« durch das deutsche U-Boot U-20 am 7. Mai 1915 sowie die beiden deutschen Generäle Paul von Hindenburg (rechts) und August von Mackensen.

Durch den U-Boot-Angriff auf die »Lusitania« waren 1200 Menschen ums Leben gekommen, darunter auch 128 Amerikaner. Allgemein ging man davon aus, die USA würden dem deutschen Kaiserreich sogleich den Krieg erklären. Aber Wilson wollte sein Land möglichst aus dem Krieg heraus- und als Vermittler für einen Frieden in Europa bereithalten. Nach mehreren diplomatischen Vorstößen gelang es ihm immerhin, Deutschland zum Verzicht auf seine heimtückische Seekriegführung zu bewegen, allerdings nur vorübergehend.



wurde – ein Gesetz, das später als Vorbild für die generelle Arbeitszeitverkürzung der Industriearbeiterdiente. Ferner setzte Wilson durch, dass die Senatoren künftig direkt vom Volk gewählt werden mussten und schliesslich auch Frauen das Wahlrecht erhielten.

Der Grosse Krieg

»Es wäre eine Ironie des Schicksals, wenn sich meine Administration hauptsächlich mit ausserpolitischen Fragen befassen müsste«,

hatte Woodrow Wilson vor seiner Amtseinssetzung am 4. März 1913

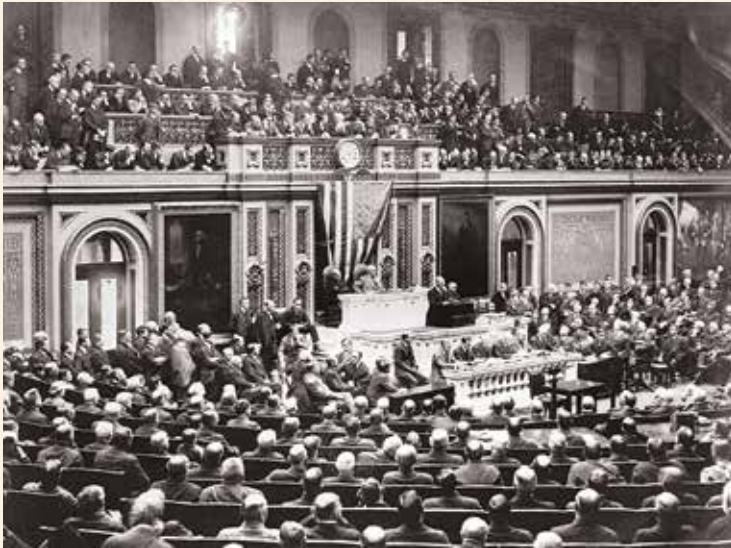
noch zu einem Freund gesagt. Er hatte seinen ganzen Wahlkampf auf innenpolitische Themen ausgerichtet und hoffte nun, seine Präsidentschaft im wesentlichen für seine Reformvorhaben verwenden zu können. 1913 war ein grösserer Krieg auch noch kaum wo ein Thema; weitherum herrschte vielmehr die Meinung vor, der aktuelle Frieden werde gleichsam ewig dauern. Schliesslich hatte sich die Staatengemeinschaft auf den Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 erstmals verbindlich auf ein konkretes Vorgehen geeinigt, um internationale Streitigkeiten jeder Art künftig friedlich beizulegen. In der Folge war es auch

mehrfach gelungen, solche Auseinandersetzungen einer gütlichen Einigung zuzuführen (vgl. Heft 5/02, S. 44 f.). Aber dessen ungeachtet kam im Sommer 1914 alles anders: Die Kriegserklärung von Österreich-Ungarn an Serbien am 28. Juli 1914, einen Monat nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajewo, löste eine ganze Kaskade von weiteren Kriegserklärungen der in zwei unterschiedlichen Lagern verbündeten europäischen Staaten aus. Und nicht nur dies: Innerhalb von wenigen Monaten rissen sie wegen ihrer über alle Kontinente verstreuten Kolonialbesitzungen fast die ganze Welt mit in den Krieg hinein.

Der Ausbruch des Grossen Krieges, wie man ihn vor dem zweiten grossen nannte, traf Wilson in persönlich schwerster Lebensphase: Seine Frau Ellen Louise, seit langem an einer nicht erkannten Nierenkrankheit leidend, starb am 6. August

Woodrow Wilson beantragt am 2. April 1917 beim Kongress die Kriegserklärung gegen Deutschland, Parade der US-Marines in New York und Plakat mit einem Aufruf an die Amerikaner, sich am Einsatz der Vereinigten Staaten zur Beendigung des Grossen Krieges in Europa zu beteiligen.

Als Deutschland seinen uneingeschränkten U-Boot-Krieg am 1. Februar 1917 wiederaufnahm, blieb Wilson nichts anderes übrig, als – auf der Seite der Alliierten – in den Krieg einzutreten. Es war das erste Mal, dass die USA Soldaten über den Atlantik sandten, in einen Krieg, den sie weder gewollt noch angefangen hatten.



1914 im Weissen Haus, nachdem die Ärzte noch ein paar Tage zuvor davon ausgegangen waren, die Krankheit sei nur vorübergehend.

Woodrow und Ellen Louise Wilson waren 29 Jahre verheiratet gewesen. Sie hatten eine glückliche, erfüllte Ehe geführt, aus der drei Töchter hervorgegangen waren. Dabei war die Übereinstimmung zwischen beiden nicht auf ihr Privatleben beschränkt: Ellen war auch ihres Mannes erste politische Beraterin; sie haben praktisch alle Entscheidungen vorgängig miteinander besprochen. Darüber hinaus hat sie sich, vorab bei den sozialen Reformprojekten ihres Mannes, in einem Ausmass öffentlich engagiert, wie man es zuvor noch nie bei einer First Lady gesehen

hatte. Sie war es im übrigen auch, die ihm angeraten hatte, den jungen Franklin D. Roosevelt, der die USA ein Vierteljahrhundert später durch den Zweiten Weltkrieg führen sollte, als Mitarbeiter seiner Regierung aufzunehmen.

Wilson hat sich in seiner Verzweiflung und Trauer in die Arbeit zu flüchten gesucht, denn, so schrieb er einer Vertrauten:

»Woodrow Wilson ist nicht von Belang, aber die Vereinigten Staaten sind es, und alles das ist es, was sie für das eigene Volk und für die Völker in der restlichen Welt bewirken können. Es ist wahrhaft eine edle Sache, an einer grossen Aufgabe mitzuwirken, ob sie mir nun gefällt oder nicht.«

Brief vom 22. November 1914

Wiewohl er – nicht zuletzt wegen seiner anglo-schottischen Abstammung – gefühlsmässig von allem Anfang an auf der Seite der Engländer und damit der Alliierten, der Entente, stand, war ihm durchaus klar, dass diese nicht einfach die Opfer waren. Die Ursachen

des Krieges lagen in seinen Augen breiter gestreut. Er sah sie hauptsächlich in einem zunehmend militanter gewordenen Nationalismus der miteinander rivalisierenden europäischen Grossmächte sowie einer von ihnen während Jahrzehnten betriebenen Herabwürdigung des jeweils anderen. Beides war Wilson nicht bloss fremd; es war ihm zuwider. In seiner Aussenpolitik hat er sich zwar endgültig vom traditionellen Isolationismus der USA abgewandt und das Land gegenüber der Welt geöffnet; doch seine Ziele hatten mit einem Weltmachtstreiben, wie er es vor allem bei der kaiserlich-deutschen Regierung zu erkennen überzeugt war, nichts zu tun. So hatte er etwa in einer seiner Reden ausdrücklich erklärt, die Vereinigten Staaten würden

»nie mehr versuchen, auch nur einen Fuss eines fremden Gebietes durch Eroberung zu gewinnen.«
Rede am 27. Oktober 1913

Ganz anders als den europäischen Grossmächten oder Japan ging es Wilson in der von ihm begründeten neuen amerikanischen Aussenpolitik – die USA berufen sich noch heute auf sie – um universale Prinzipien, um Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit. Für solche Werte einzutreten, sie zu hüten und zu fördern, war für ihn erste Verpflichtung. So hatte er in seinem Wahlprogramm »Neue Freiheit« geschrieben:

»Was steht denn in den Schriften der Männer, die Amerika gegründet haben? Man solle den selbstsüchtigen Interessen Amerikas dienen? Findet man das in ihren Schriften? Nein! Man soll der Sache der Menschheit dienen und den Menschen Freiheit bringen.«

Ringens um Neutralität

Schon in den ersten Kriegstagen proklamierte Wilson nicht nur die offizielle Neutralität der Vereinigten Staaten, eindringlich rief er auch seine Landsleute, die ja zum allergrössten Teil aus den jetzt in den Krieg verwickelten

Ländern stammten, zur »Neutralität im Denken und im Handeln« auf. Denn Wilson wollte nicht nur die USA aus dem Krieg heraushalten, er wollte auch jede Spaltung unter seinen naheliegenderweise mit ihren Herkunftsländern sympathisierenden Landsleuten vermeiden. Amerika sollte auch im Innern eine umfassende Neutralität bewahren und so möglichst bald als ein glaubwürdiger Friedensstifter auftreten können.

»Jede Spaltung unter uns wäre verheerend für unseren inneren Frieden und würde unsere Aufgabe ernsthaft gefährden, als Freund und nicht als Partei Schlichtungs- und Friedensvorschläge vorzubringen. Denn dazu sind wir verpflichtet, sind wir doch die einzige grosse Nation, die nicht im Kriege steht, und das einzige Volk, das bereit ist, als unparteilicher Vermittler aufzutreten.«
Rede am 18. August 1914

Er war überzeugt, die kriegführenden Mächte würden sich früher oder später an die USA wenden und zugeben:

»Ihr wart im Recht, und wir lagen falsch. [...] Dürfen wir nun nicht im Vertrauen auf eure Beherrschtheit, eure Unbestechlichkeit und eure Stärke euch um Rat und Vermittlung bitten?«
Rede am 8. Januar 1915

Wilson sah seine Politik der distanziert-abwartenden Neutralität jedoch nur Monate später buchstäblich torpediert: Die Regierung des deutschen Kaiserreichs kündigte am 4. Februar 1915 an, seine U-Boote würden künftig in den Gewässern rund um die Britischen Inseln auch Handelsschiffe und solche unter neutraler Flagge angreifen – ohne Vorwarnung und ungeachtet allfällig darauf befindlicher Zivilpersonen. Ein solches Vorgehen bedeutete nicht nur einen krassen Verstoss gegen das internationale Kriegsrecht, sondern auch eine eklatante Verletzung humanitärer Grundsätze. Wilson hat Deutschland umgehend vor einem solchen »noch nie da gewesenen« Tun gewarnt. Doch die deutschen Militärs

hielten an ihrer Strategie fest. Nachdem noch im Frühjahr vereinzelt auch Amerikaner bei solchen Attacken auf meist britische Schiffe umgekommen waren, ohne dass Washington darauf reagiert hätte, griff das deutsche U-Boot *U-20* am 7. Mai 1915 südlich von Irland den englischen Passagierdampfer *Lusitania* an. Das Schiff sank innerhalb von achtzehn Minuten. 1200 Menschen, darunter 128 amerikanische Staatsbürger, ertranken in den Fluten.

Der brutale Angriff löste weitherum eine Welle der Empörung und der Verachtung aus: Das Vorgehen der deutschen Militärs galt als Inbegriff der Barbarei. Mehr Stimmen denn je, darunter der frühere US-Präsident Theodore Roosevelt, forderten nun Amerikas Eintritt in den Krieg. Wilson hoffte noch immer, ein neutral bleibendes Amerika könne dereinst Frieden stiften, und mahnte zur Zurückhaltung. Trotz weiterer amerikanischer Verluste und obwohl die deutschen U-Boote ihre heimtückischen Aktionen noch auf andere Meeresgebiete ausdehnten, bemühte er sich fast ein Jahr lang auf offiziellen und inoffiziellen Kanälen, die deutsche Regierung zu einer Abkehr von ihrer völkerrechtswidrigen Seekriegführung zu bewegen. Mehrfach erhielt er Zusicherungen, mehrfach wurden sie gebrochen.

Als ein deutsches U-Boot am 24. März 1916 den französischen Kanaldampfer *Sussex* torpedierte, wobei einmal mehr auch Amerikaner zu Schaden kamen, reagierte Wilson schliesslich mit einem Ultimatum. Die USA seien lange

»sehr geduldig gewesen«, doch bleibe ihnen nun »nichts anderes mehr übrig, als die diplomatischen Beziehungen mit der Regierung des Deutschen Reichs vollständig abzubreaken«, sofern diese nicht »unmittelbar, förmlich und tatsächlich, ihre gegenwärtigen Kriegsmethoden gegenüber Passagier- und Frachtschiffen aufgibt.«
Rede im Kongress, 19. April 1916

Am 4. Mai willigte das deutsche Kaiserreich aus Furcht vor einem Kriegseintritt Amerikas vollumfänglich ein.

»Frieden ohne Sieg«

Auch während des deutschen U-Boot-Krieges hatte Woodrow Wilson mehrere Vorstösse unternommen, um die europäischen Mächte zu einem Friedensschluss zu bewegen. Aber seine Bemühungen wurden nicht wirklich ernst genommen; Alliierte und Mittelmächte meinten noch immer beide, den jeweiligen Gegner besiegen und so ihre eigenen Kriegsziele verwirklichen zu können. Nun, drei Wochen nach seinem Erfolg im Sussex-Fall, wagte Wilson einen weiteren Versuch. In einer öffentlichen Rede skizzierte er zum ersten Mal, was er sich nach dem Krieg als Grundlage für eine neue Weltordnung vorstellte. Erstmals kam er dabei auch auf die Idee des *Völkerbundes* zu sprechen:

»Staaten müssen in Zukunft von demselben hohen Ehrenkodex beherrscht werden, den wir von Einzelpersonen verlangen [...], und die Grundsätze des Völkerrechts müssen Vorrang haben vor den Sonderinteressen der einzelnen Völker, und die Völker müssen sich auf bestimmte Weise zusammenschliessen, um dafür zu sorgen, dass dieses Recht gegen alle Arten selbstsüchtiger Angriffe gesichert wird. [...] Im Verkehr der Nationen untereinander muss willkürliche Gewalt beseitigt werden; wir müssen zu dem Denken einer modernen Welt vordringen, dessen Lebenselement der Frieden ist. [...] Dabei halten wir Folgendes für grundlegend:

- 1. Jedes Volk hat das Recht, die Herrschaft zu wählen, unter der es leben will. [...]*
 - 2. Die kleinen Staaten der Welt haben das Recht, dieselbe Achtung für ihre Souveränität und die Unversehrtheit ihres Gebietes zu geniessen, die die grossen und mächtigen Nationen erwarten und auf der sie bestehen.*
 - 3. Die Welt hat ein Recht darauf, von jeder Störung des Friedens verschont zu bleiben, die ihren Ursprung in einem kriegerischen Angriff und einer Missachtung der Rechte der Völker und Staaten hat.«*
- Rede am 27. Mai 1916

Auch diesem Vorstoss war jedoch kein Erfolg beschieden: Alliierte und Mittelmächte fühlten sich vom fernen Amerika unverstanden und lehnten die Initiative offen, ja verärgert ab.

Unterdessen gingen die Grausamkeiten des Krieges unvermindert weiter: Unzählige junge Männer liessen 1916 in den sinnlosen Kämpfen in Verdun und an der Somme oder in Galizien und Rumänien ihr Leben; die Zahl der Opfer ging bereits in die Millionen, und ein Ende war nicht abzusehen. Keine Seite war einem Sieg in den zwei Jahren, die der Krieg nun schon dauerte, auch nur einen Schritt näher gekommen.

Kurz nach seiner Wiederwahl als US-Präsident unterbreitete Wilson den an Ort tretenden Kriegsparteien daher erneut einen Vorschlag. Er versuchte es mit einem Weg, der es gewissermassen beiden Seiten ermöglicht hätte, ihr Gesicht zu wahren und gleichzeitig einen nachhaltigen Frieden zu begründen, nämlich einen »Frieden ohne Sieg«:

»Es muss ein Frieden ohne Sieg geschlossen werden. Das mag vielleicht unangenehm klingen. [...] Aber ein Sieg bedeutet einen Frieden, der dem Besiegten aufgezwungen wird, die Bedingungen des Siegers werden dem Unterlegenen auferlegt. Er würde nur mit dem Gefühl der Demütigung hingenommen, unter Härten, mit unerträglichen Opfern, und er würde einen Stachel zurücklassen, ein Rachegefühl, eine bittere Erinnerung. Der geschlossene Frieden wäre nicht dauerhaft, sondern nur auf Treibsand gelegt. Nur ein Frieden zwischen gleichen Mächten kann dauern, nur einer, dessen innerstes Wesen Gleichheit und gleichwertige Teilnahme am gemeinsamen Vorteil sind.«

Ansprache vom 22. Januar 1917

Diese erneute Initiative Wilsons erwies sich indes um nichts willkommener als alle seine früheren, im Gegenteil: Am 31. Januar 1917 kündigte eine siegesgewisse deutsche Reichsregierung für den nächsten Tag die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges an. Dem so überraschten

wie bestürzten Wilson blieb damit keine andere Wahl mehr: Am 3. Februar brach er die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab, und am 6. April erklärten die USA dem deutschen Kaiserreich den Krieg.

»Vierzehn Punkte«

Die USA waren längst eine Weltmacht; im Industriebereich zum Beispiel lag ihr Anteil bei über fünfzig Prozent der globalen Produktion. Aber trotz der damit verbundenen Möglichkeiten stand es für Woodrow Wilson ausser jeder Frage, diesen Krieg nun für irgendwelche Gebietsgewinne oder eine Herrschaftserweiterung zu benützen; selbstsüchtige Gründe konnten keine Rechtfertigung für einen Eintritt Amerikas in den Grossen Krieg darstellen. In einer Ansprache vor den zu einer gemeinsamen Session einberufenen beiden Kammern des Kongresses führte Wilson am Vorabend der Kriegserklärung aus:

»Der gegenwärtige deutsche U-Boot-Krieg gegen die Handelsschiffahrt ist ein Krieg gegen die Menschheit. Es ist ein Krieg gegen alle Völker. Auf eine Art und Weise, die uns tief erregt hat, sind amerikanische Schiffe versenkt, Amerikaner getötet worden. Aber die Schiffe und Menschen anderer neutraler und befreundeter Nationen wurden ebenfalls versenkt und überwältigt. Es gab keinen Unterschied. Die ganze Menschheit ist herausgefordert. [...] Wir freuen uns, jetzt, da wir die Tatsachen ohne die Hülle falscher Vorwände sehen, für den endgültigen Frieden der Welt und die Befreiung ihrer Völker, darunter auch des deutschen Volkes, zu kämpfen, für die Rechte der Nationen, gross und klein, das Recht aller Menschen, ihr Leben und ihre Herrschaft selbst zu bestimmen. Die Welt muss für die Demokratie sicher gemacht werden, ihr Frieden muss auf die erprobten Grundlagen politischer Freiheit gestellt werden. Wir dienen keinen selbstsüchtigen Zwecken. Wir erstreben keine Eroberung und keine Herrschaft. Wir wollen keine Entschädigung für uns selbst, keinen



Die Vertreter von Grossbritannien (David Lloyd George), Italien (Sidney Sonnino), Frankreich (Georges Clemenceau) und der USA anlässlich der Verhandlungen für den Versailler Vertrag in Paris (v. l. n. r.); der Vertreter Deutschlands, Johannes Bell, unterzeichnet den Vertrag am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles vor den versammelten Repräsentanten der Siegermächte (Gemälde von W. Orpen, um 1925); Soldaten benennen im französischen Ardenndorf Nouart eine Strasse zu Ehren von US-Präsident Wilson um.

Wilson hatte einen Frieden ohne Sieg angestrebt, weil sich sonst die Unterdrückung des Unterlegenen durch die Sieger nicht abwenden liesse und dies neue Unzufriedenheit sowie die Gefahr eines neuen Krieges bedeute. In Versailles kam es trotzdem zu einem Diktatfrieden: Gegen die Übermacht der europäischen Siegermächte vermochte sich Wilson nicht durchzusetzen.



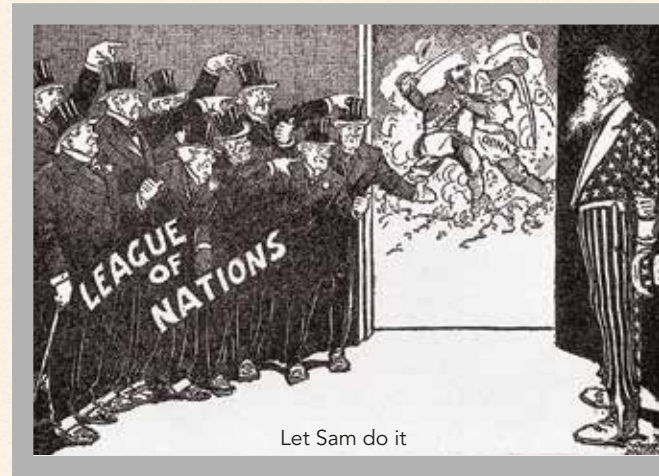
materiellen Ersatz für die Opfer, die wir bereitwillig bringen werden. Wir sind nur einer der Vorkämpfer für die Rechte der Menschheit.«
Rede am 2. April 1917



Weder für Wilson noch für den Kongress war es ein leichter Entschluss, Hunderttausende, ja letztlich gegen zwei Millionen amerikanische Soldaten – zum ersten Mal in der Geschichte – über den Atlantik zu befehlen, in einen Krieg, den die USA nicht angefangen und nicht gewollt hatten und dessen Ziele der Vergeltung, des Machtgewinns und des Vorherrschaftstrebens nicht die ihren waren. Dessen ungeachtet stimmten der US-Senat mit 82 gegen 6 und das Repräsentantenhaus mit 373 gegen 50 Stimmen dem Antrag Wilsons zur Kriegserklärung an Deutschland mit überwältigenden Mehrheiten zu.

Auch als die USA selber im Krieg standen und der Zivilist Wilson entsprechend der amerikanischen Verfassung zum Oberbefehlshaber

»Give the Lady a Seat!«
»Einen Sitzplatz für die Dame!«



Johann Heinrich Bernstorff, von 1908 bis 1917 Botschafter des deutschen Kaiserreichs in den USA, 1919 in einem Aufruf an das deutsche Volk

»Wenn wir Deutschen die alten guten Beziehungen zu den Bürgern der Vereinigten Staaten wieder herstellen wollen, müssen wir uns der Fehler der Vergangenheit mit unerbittlicher Wahrhaftigkeit bewusst werden, müssen wir unser Verhalten in der Gegenwart dementsprechend einrichten, und dann erst werden wir auf Grund dieser Voraussetzungen zielbewusst an die neue Aufgabe herantreten können.

Die historischen Traditionen der Vereinigten Staaten liessen die Annahme berechtigt erscheinen, dass die Union in dem Grossen Kriege neutral bleiben würde. Dieser Annahme entsprach auch die Politik des Präsidenten Wilson trotz der schlechten Stimmung, welche in den Vereinigten Staaten uns gegenüber durch die Verletzung der Neutralität Belgiens entstanden war. Vom 1. August 1914 bis zum 1. Februar 1917 hat Herr Wilson konsequent das gleiche Ziel verfolgt. Er wollte seinem Lande die Teilnahme an dem Kriege ersparen und letzteren durch seine Vermittlung beendigen. [...] An dieser Tatsache wird dadurch nichts geändert, dass es auch in Amerika eine Kriegspartei gab, die mit der Entente gemeinsam gegen uns arbeitete. Einen Erfolg würde die Kriegspartei niemals gehabt haben, wenn nicht unser U-Boot-Krieg die Sachlage geändert hätte. [...] Ausschliesslich der U-Boot-Krieg führte den Bruch mit den Vereinigten Staaten und dadurch unsere Niederlage herbei. Die Stimmung in Amerika war noch im Februar 1917 so wenig kriegerisch, dass es einer zweimonatigen Propaganda bedurfte, bevor der Krieg gegen uns erklärt werden konnte. Wir dürfen uns aber nicht verhehlen, dass wir selbst das Material zu dieser Propaganda lieferten.

Wir haben es den Amerikanern allzu leicht gemacht, einen Kreuzzug gegen die autokratische, militaristische und doppelzüngige deutsche Regierung zu predigen. [...] Zwei Seelen wohnten während des ganzen Krieges in der deutschen Politik, die eine war militärisch-seemännisch, die andere zivilistisch-politisch gerichtet. [...] Die eine Richtung wollte den U-Boot-Krieg führen, wenn auch die Vereinigten Staaten dadurch zum Bruch mit uns getrieben wurden, die andere wollte auf Präsident Wilsons Politik eingehen und so zum Frieden gelangen. Der Kampf zwischen diesen beiden Richtungen begann mit dem "Lusitania"-Zwischenfall und endigte durch die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges mit einer Niederlage der Zivilisten. [...] Dieser Augenblick war der Höhepunkt der deutschen Tragödie. Die gerade damals eingeleitete Vermittlungsaktion Herrn Wilsons wurde durch unsere Schuld vereitelt und der Krieg verloren. [...]

Im November 1918 erwarteten wir, dass Herr Wilson dem völlig geschlagenen Deutschland das gewähren sollte, was er uns im Winter 1916/17 freiwillig angeboten hatte. Während unsere öffentliche Meinung Herrn Wilson früher fortwährend geschmäht hatte, wurde er jetzt als der Messias gepriesen. Von ihm sollte das Heil kommen. Während wir früher seine Macht unterschätzt hatten, überschätzten wir sie jetzt. Die bei uns über den Frieden von Versailles herrschende Enttäuschung ist begreiflich. [...] Der Schlüssel des scheinbaren Rätsels ist in der besten Rede Herrn Wilsons zu finden. Als er am 22. Januar 1917 sein Friedensprogramm entwickelte, sagte der Präsident, es sei eine

Arbeiten und

Karikatur von 1919 über den Widerstand gewisser republikanischer Senatoren gegen den vom demokratischen Präsidenten Wilson begründeten Völkerbund; Karikatur von 1931 über die völlig passive Haltung des Völkerbunds (»League of Nations«) beim Einfall seines Mitglieds Japan in die Mandschurei und seine Erwartung, das Nichtmitglied USA würde die Auseinandersetzung regeln. Wilson hatte gehofft, die Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages durch den Völkerbund beseitigen zu können. Aber der amerikanische Senat versagte ihm die Gefolgschaft: Die USA haben weder den Versailler Vertrag genehmigt, noch sind sie je dem Völkerbund beigetreten.

der – bis dahin grössten – Streitkräfte der Vereinigten Staaten geworden war, gab er seine Vision eines liberalen Friedens nicht auf: Neun Monate nach Eintritt seines Landes in den Krieg verkündete er ein vierzehn Punkte umfassendes »Weltfriedensprogramm«. In diesem Entwurf einer Nachkriegsordnung stellte er als Anwalt der höheren Sache nicht nur konkrete territoriale Forderungen, etwa die Wiederherstellung der Souveränität des von Deutschland überfallenen Belgien, die Rückgabe von Elsass-Lothringen an Frankreich oder die Eigenstaatlichkeit Polens. Er verlangte darüber hinaus auch ein Verbot von geheimen Staatsverträgen, welche doch massgeblich zum gigantischen Kriegsstrudel von 1914 beigetragen hatten, ferner eine unbehinderte Schifffahrt auf den Weltmeeren, einen offenen Welthandel sowie

auch eine allgemeine Abrüstung. Erneut kam er zudem auf den von ihm angestrebten Völkerbund zu sprechen:

»Es muss eine allgemeine Vereinigung der Völker mit besonderen Satzungen gebildet werden, um grossen wie kleinen Nationen gleichermaßen ihre politische Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit ihres Gebietes zu gewährleisten.«

Vierzehn-Punkte-Rede vom 8. Januar 1918

Der Völkerbund sollte nach Wilsons Vorstellung künftige Kriege verhindern helfen und so Grundlage sein für eine neue Epoche eines die ganze Welt umspannenden Friedens. Doch im Winter 1918 waren die europäischen Staatsführer für solche Töne noch immer nicht bereit: Die Alliierten wiesen Wilsons Vorschläge umgehend als

nicht verzweifeln!

Vorbedingung für die Realisierung seiner idealen Völkerbundspläne, "dass ein Frieden ohne Sieg geschlossen werden muss". Damals standen beide Mächtegruppen sich noch ebenbürtig gegenüber. Wie anders sah die Welt im Oktober 1918 aus! Deutschland lag am Boden und leistete keinen Widerstand mehr. Dadurch verlor Herr Wilson jede Macht. Es ist heute wertlos, noch darüber zu streiten, ob wir bei den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen hätten Widerstand leisten sollen oder können. Indem wir es nicht taten, raubten wir Herrn Wilson jedes gegen den Übermut der Sieger vorhandene Gegengewicht. Er musste den Kampf allein führen, und zwar gegen seine siegestrunkenen Verbündeten, die ihm durch genaue Kenntnis der europäischen Verhältnisse überlegen waren. [...] So war der Präsident genötigt, sich mit wenigem zu begnügen. Er glaubt heute noch ehrlich, dass wir einen weit schlechteren Frieden erhalten hätten, wenn er nicht seine 14 Punkte zäh verteidigt hätte. [...]

Der Frieden ist unterzeichnet und der Krieg mit einer Ungerechtigkeit beendet worden, welche alle unsere politischen Fehler mehr als sühnt. Die Rechnung ist beglichen. Sollen wir uns nun aber in den Schmollwinkel setzen? Im Gegenteil: Das deutsche Volk muss von neuem an die Arbeit gehen [...].

Arbeiten und nicht verzweifeln muss jetzt die Losung des deutschen Volkes sein. Wenn wir älteren deutschen politischen Kämpfer auch nicht mehr eine neue Blüte unseres geliebten Vaterlandes erleben sollten, für die deutsche Jugend muss es doch endlich wieder einmal Frühling werden.«

Bernstorff war den Friedensbemühungen Wilsons sehr gewogen und hatte seine Regierung vor der Wiederaufnahme des U-Boot-Kriegs gewarnt. Er war deshalb beim Kaiser und den deutschen Militärs in Ungnade gefallen. 1919 schied er aus dem diplomatischen Dienst aus und sass von 1921 bis 1928 für die Deutsche Demokratische Partei im Reichstag.

Nach Hitlers Machtergreifung verliess Bernstorff Deutschland und emigrierte in die Schweiz nach Genf, Sitz des Völkerbundes, wo er am 6. Oktober 1939, kurz nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, im Alter von 77 Jahren starb.



illusionär zurück, und die Mittelmächte verwarfen sie, weil sie sich mit den sie betreffenden territorialen Forderungen nicht anfreunden mochten. Sie strebten nicht nach Frieden, sondern nach Sieg: Am 21. März 1918 eröffneten die deutschen Truppen an der Westfront ihren letzten Grossangriff. Noch einmal, wie schon 1914, kamen sie bis vor die Tore von Paris; aber ein entscheidender Durchbruch gelang ihnen auch diesmal nicht. Im Gegenteil: Als die Alliierten Mitte Juli ihre Gegenoffensive einleiteten, mussten die deutschen Verbände bald den Rückzug antreten, oder sie mussten sich ergeben. Schon Mitte August erklärte die Oberste Heeresleitung, der Krieg könne militärisch nicht mehr gewonnen werden. Am 4. Oktober schliesslich lenkte die deutsche Reichsregierung ein: Sie ersuchte Wilson, auf der Grundlage seiner »Vierzehn Punkte« einen Waffenstillstand zu vermitteln. Am 11. November 1918 kam dieser formell auch zustande.

Die letzte Schlacht

Woodrow Wilson hatte praktisch seit Ausbruch des Krieges versucht, auf dessen Ende hinzuwirken. Als es nun aber darum ging, den Frieden konkret zu verhandeln, vermochte sich der »Idealist« Wilson gegen die Übermacht der alliierten »Realisten« nicht durchzusetzen.

Im Dezember 1918 war er persönlich nach Europa gekommen, um an der Pariser Friedenskonferenz teilzunehmen. Die Bevölkerung feierte ihn reihum als einen Hoffnungsträger, ja als ihren Retter. Aber die Staatsführer standen ihm distanziert gegenüber. Schon auf der Überfahrt hatte er ahnungsvoll gesagt, die Regierungschefs von Frankreich, England und Italien seien fest entschlossen,

»alles aus Deutschland herauszupressen, was ihnen nur möglich ist«.

Und in der Tat: An einem »Frieden ohne Sieg«, wie ihn Wilson forderte, waren die Alliierten nicht interessiert; sie wollten ein Diktat.

Angesichts ihrer Übermacht musste Wilson daher an seinem Vierzehn-Punkte-Programm massive Abstriche hinnehmen: Der Vertrag von Versailles, der schliesslich am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal des Schlosses unterzeichnet wurde, war nicht der Frieden, den er geplant hatte. Allerdings wäre er ohne Wilsons Einsatz mit Sicherheit noch einseitiger ausgefallen.

Wilson's eigentlicher Erfolg in Paris war, dass er die Gründung des Völkerbundes durchsetzen konnte. Dabei war er überzeugt, die im Friedensvertrag enthaltenen Ungerechtigkeiten mit einem von den USA angeführten Völkerbund im Laufe der Zeit beseitigen zu können. Aber auch dazu kam es nicht.

Zurück in der Heimat, sah sich Wilson mit einer starken Opposition im US-Senat – verfassungsmässig für die Ratifizierung internationaler Verträge zuständig – konfrontiert, die zu der traditionellen isolationistischen Haltung der Vereinigten Staaten zurückkehren wollte. Wilson war entschlossen, für den Völkerbund zu kämpfen; denn für ihn stand fest, dass dieser ohne Mitwirkung der USA scheitern und es innerhalb einer Generation zu einem neuen grossen Krieg kommen würde. Er entschied sich daher zu einem Appell an das Volk, zu einer persönlichen Werbetour durch einen Grossteil der USA. Er wollte die Bevölkerung für den Völkerbund gewinnen und durch öffentlichen Druck auch die widerspenstigen Senatoren zur Zustimmung bewegen.

Innerhalb von nur drei Wochen legte er trotz zunehmender körperlicher Beschwerden weit über 10 000 Kilometer zurück, machte in 29 grösseren Städten Halt, hielt an die 40 Reden und liess überall begeisterte Menschenmengen zurück (siehe den nachfolgenden Artikel). Aber den grossen Strapazen einer solchen Tour war er letztlich nicht gewachsen: Nach einem Zusammenbruch am 25. September 1919 in Pueblo, Colorado, musste er sie vorzeitig abbrechen und eilends nach Washington zurückkehren. Dort angekommen, erlitt er einen schweren Schlaganfall, der

ihn halbseitig lähmte. Wochenlang schwebte er in Lebensgefahr. Er sollte seine Präsidentschaft zwar noch zu Ende führen, aber wirklich erholt hat er sich nicht mehr; öffentlich aufzutreten, war ihm nicht mehr möglich. Der Völkerbund hatte dadurch seinen ersten und grössten Verfechter verloren.

Wer weiss, wie das Resultat ausgesehen hätte, wenn sich Wilson weiterhin uneingeschränkt für den Völkerbund hätte einsetzen können; so aber lehnte der Senat den Beitritt der USA schliesslich am 19. März 1920 ab – die erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde um ganze sieben Stimmen verfehlt.

Wilson lebte nach Ende seiner Präsidentschaft 1921 zurückgezogen und bei schlechter werdender Gesundheit noch drei Jahre in Washington, betreut von seiner zweiten Frau Edith, die er 1915 geheiratet hatte. Er starb am 3. Februar 1924, einem Sonntag. ☹

Bildquellen

S. 5 Mitte: White House Collection, Courtesy White House Historical Association. S. 20/21, 23 o., 24 o., 28 re. o. und 32 li.: Library of Congress. S. 23 Mitte und u., 24 Mitte und u., 28 li., 31 Mitte und u., 32 re. und 33: Corbis. S. 26, 27, 28 re. u. und 31 o.: AKG Berlin.

Literatur

Georg Ahrens und Carl Brinkmann (Hg.), Wilson, Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden, Berlin 1919. Ray Stannard Baker and William E. Dodd (Hg.), The Public Papers of Woodrow Wilson, 6 Bände, New York 1925–1927. Kendrick A. Clements, The Presidency of Woodrow Wilson, Lawrence (Kansas) 1992. John Milton Cooper, Breaking the Heart of the World, Woodrow Wilson and the Fight for the League of Nations, Cambridge 2001. Thomas J. Knock, To End all Wars, Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order, New York 1992. Arthur S. Link, (Hg.), The Papers of Woodrow Wilson, 69 Bände, Princeton 1966–1994; ds., Woodrow Wilson, in: The New Book of Knowledge, The American Presidency, Grolier Online 2000. Jan Willem Schulte Nordholt, Woodrow Wilson, A Life for World Peace, Berkeley 1991. Klaus Schwabe, Woodrow Wilson, Göttingen 1971. Daniel D. Stid, The President as Statesman, Woodrow Wilson and the Constitution, Lawrence (Kansas) 1998. John A. Thompson, Woodrow Wilson, London 2002.